

Substanzielles Protokoll 154. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Freitag, 14. Dezember 2012, 17.00 Uhr bis 18.55 Uhr, im Rathaus

Vorsitz: Präsident Albert Leiser (FDP)

Beschlussprotokoll: Sekretär Christian Aeschbach (FDP)

Substanzielles Protokoll: Doris Schibli

Anwesend: 125 Mitglieder

Der Rat behandelt aus der vom Präsidenten erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

- | | | | |
|-----|----------------------------|--|-----|
| 1. | | Mitteilungen | |
| 4. | 2012/345 | Weisung vom 19.09.2012:
Voranschlag (Budget) 2013 | FV |
| 17. | 2012/463 E | Postulat von Walter Angst (AL) vom 05.12.2012:
Errichtung eines verwaltungsinternen Baucontrollings ausserhalb der mit Hochbauprojekten befassten Dienstabteilungen | VHB |

Mitteilungen

Die Mitteilungen des Ratspräsidenten werden zur Kenntnis genommen.

Geschäfte

3404. 2012/345
Weisung vom 19.09.2012:
Voranschlag (Budget) 2013

Die Budgetberatung wird fortgesetzt (vergleiche Sitzung Nr. 153 vom 14.12.2012, Protokoll-Nr. 3404/2012).

Beschlüsse:

Antrag 153.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Tamara Lauber (FDP): Wir beantragen eine Kürzung von 100 000 Franken. Auch dies ist ein typischer Posten, bei dem man den Sparwillen zum Ausdruck bringen kann oder nicht. Die Kürzung schadet weder dem Personal noch irgendwelchen Projekten.

Karin Rykart Sutter (Grüne): Auf diesem Konto sind diverse Posten budgetiert, so etwa die Abgeltung für Heimärzte, Supervisionen für Heime oder die Begleitung der Fallanalysen. Die Mehrheit der RPK erachtet diese Projekte als sinnvoll und genügend ausgewiesen.

S. 239	30 3026 3186 0000	GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT Altersheime der Stadt Zürich Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter im Zusammenhang mit Projektbegleitung, -beratung und Organisationsentwicklung				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
153.	Antrag Stadtrat				617 400	Mehrheit
			100 000		517 400	Minderheit
						Enthaltung
						Karin Rykart Sutter (Grüne) Referentin, Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP) Urs Schmid (FDP) Referent, Präsident Roger Liebi (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Dr. Daniel Regli (SVP) Samuel Dubno (GLP)
						Begründung: Fr. 150 100 mehr als im Vorjahr sollten genügen

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 70 gegen 54 Stimmen zu.

Antrag 154.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Marina Garzotto (SVP): Die SVP beantragt hier eine Kürzung um 1 Million Franken. Gemäss Nachfragen hat die Reduktion von 33 Betten eine Einsparung von zwölf Stellen bewirkt. Diese Einsparung wurde aber offenbar gleich wieder verwendet, um die 1999 eingereichte Motion Bucher zu erfüllen. Am 11. April 2001 wurde die dazugehörige Weisung im Rat behandelt und die Motion als erledigt abgeschrieben. Es ging darin nicht um mehr Arbeitsstellen, sondern um Lohnerhöhungen und um Wertschätzung des Pflegepersonals. Man kann sich nicht elf Jahre später nochmals auf diese Motion berufen. Eine Kürzung ist berechtigt.

Karin Rykart Sutter (Grüne): Das Stadtspital Waid nahm im letzten Frühling im Vergleich der Fallkosten der einzelnen Spitäler im Kanton Zürich mit Fallkosten von 9984 Franken pro Patientin den letzten Rang ein. Im Sommer reduzierte das Waidspital

als direkte Massnahme die Anzahl Betten von 300 auf 267. Zwei Bettenstationen wurden geschlossen, neunzehn Stellen wurden gestrichen. Die Kosteneinsparungen, die hier gefordert werden, wurden demnach bereits im Juli 2012 in Angriff genommen. Die angesprochene Motion hatte eine Mehrheit im Rat. Es geht darum, das Gesundheitspersonal unter das Arbeitsgesetz zu stellen. Dafür braucht es mehr Personal.

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Gesundheitsdepartements Stellung.

STR Claudia Nielsen: Die Motion Bucher wurde vor einigen Monaten mit spezifischen Anträgen an den Stadtrat zurückgewiesen. Diese Anträge bedingen eine Änderung im Pflegedienst in der Nacht. Darin liegt der Grund. Wir haben den Auftrag, das Arbeitsgesetz richtig auszuführen, richtig umgesetzt. Eine Kürzung ist hier nicht sinnvoll.

S. 241	30 3030 Saldo	GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT			
		Stadtspital Waid			
		Laufende Rechnung: Produktgruppen-Globalbudget / Saldo			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
154.	Antrag Stadtrat			7 706 000	Mehrheit
					Karin Rykart Sutter (Grüne) Referentin, Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
		1 000 000		6 706 000	Minderheit
					Dr. Daniel Regli (SVP) Referent, Präsident Roger Liebi (SVP)
		Begründung: Reduktion von 33 Betten muss Kosteneinsparungen ermöglichen			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 97 gegen 24 Stimmen zu.

Gemeinsame Behandlung der Anträge 155. bis 159.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Rolf Müller (SVP): Es geht hier um eine allgemeine Saldoverbesserung von 2 %. Ich stelle den Kürzungsantrag für die Anträge 155 bis 159. Die SVP ist der Meinung, dass im stationären Bereich bezogen auf 1 137 000 Franken infolge Anpassung der Bettenzahl und rückläufiger Aufenthaltsdauer Einsparungen von 2 % möglich sein sollten, genauso wie in den anderen Produktgruppen.

Karin Rykart Sutter (Grüne): Das Stadtspital Waid setzt wie bereits erwähnt alles daran, die Kosten im Griff zu haben. Der Druck von Seiten der Gesundheitsdirektion des Kantons, des Preisüberwachers und der Krankenkassen ist bereits heute sehr gross. Der Kanton ändert beispielsweise mittendrin die Spielregeln, so etwa bei den Investitionen. Der Preisüberwacher in Bern, dem die Situation vor Ort kaum bekannt ist, rechnet vor, wie hoch die Fallkosten sein dürfen. Sein einziges Ziel ist, dass die Gesundheitskosten mit dem neuen Spitalfinanzierungsgesetz nicht steigen dürfen. Dadurch bleibt den Zuständigen in den Stadtspitälern fast kein Handlungsspielraum mehr. Sie unternehmen aber alles, um die Vorgaben einzuhalten und haben bereits Massnahmen ergriffen. Wird nun noch eine Saldoverbesserung von 2 % gefordert, ist das sehr kurzfristig gedacht. Bereits jetzt sind für 2013 gut 7 Millionen Franken Defizit budgetiert. Sollte

der Antrag durchkommen, würde noch ein grösseres Defizit entstehen, das am Ende die Stadtkasse übernehmen müsste. Bei den Stadtspitalern sollte trotz allem nach wie vor das Wohl der Patientinnen und Patienten im Vordergrund stehen.

S. 241	30 3030 PG 1	GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT Stadtspital Waid Laufende Rechnung: Produktegruppen-Globalbudget / Saldo				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
155.	Antrag Stadtrat				1 137 000	Mehrheit Karin Rykart Sutter (Grüne) Referentin, Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
			22 700		1 114 300	Minderheit Dr. Daniel Regli (SVP) Referent, Präsident Roger Liebi (SVP)
			Begründung: Saldoverbesserung 2 %			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 96 gegen 24 Stimmen zu.

Antrag 156.

Wortmeldungen siehe Antrag 155. (Beschluss-Nr. 3404/2012).

S. 241	30 3030 PG 2	GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT Stadtspital Waid Laufende Rechnung: Produktegruppen-Globalbudget / Saldo				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
156.	Antrag Stadtrat				604 000	Mehrheit Karin Rykart Sutter (Grüne) Referentin, Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
			12 100		591 900	Minderheit Dr. Daniel Regli (SVP) Referent, Präsident Roger Liebi (SVP)
			Begründung: Saldoverbesserung 2 %			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 97 gegen 22 Stimmen zu.

Antrag 157.

Wortmeldungen siehe Antrag 155. (Beschluss-Nr. 3404/2012).

S. 241	30 3030 PG 3	GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT Stadtspital Waid Laufende Rechnung: Produktegruppen-Globalbudget / Saldo				
			Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag	Stimmen
157.	Antrag Stadtrat				1 950 000	Mehrheit Karin Rykart Sutter (Grüne) Referentin, Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
			39 000		1 911 000	Minderheit Dr. Daniel Regli (SVP) Referent, Präsident Roger Liebi (SVP)
		Begründung: Saldoverbesserung 2 %				

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 94 gegen 24 Stimmen zu.

Antrag 158.

Wortmeldungen siehe Antrag 155. (Beschluss-Nr. 3404/2012).

S. 241	30 3030 PG 4	GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT Stadtspital Waid Laufende Rechnung: Produktegruppen-Globalbudget / Saldo				
			Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag	Stimmen
158.	Antrag Stadtrat				4 420 000	Mehrheit Karin Rykart Sutter (Grüne) Referentin, Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
			88 400		4 331 600	Minderheit Dr. Daniel Regli (SVP) Referent, Präsident Roger Liebi (SVP)
		Begründung: Saldoverbesserung 2 %				

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 97 gegen 24 Stimmen zu.

Antrag 159.

Wortmeldungen siehe Antrag 155. (Beschluss-Nr. 3404/2012).

S. 241	30 3030 PG 5	GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT			
		Stadtspital Waid			
		Laufende Rechnung: Produktegruppen-Globalbudget / Saldo			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
159.	Antrag Stadtrat			- 405 000	Mehrheit
					Karin Rykart Sutter (Grüne) Referentin, Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
		8 100		- 413 100	Minderheit
					Dr. Daniel Regli (SVP) Referent, Präsident Roger Liebi (SVP)
		Begründung: Saldoverbesserung 2 %			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 96 gegen 24 Stimmen zu.

Gemeinsame Behandlung der Anträge 160. bis 164.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Marina Garzotto (SVP): *Meine Anträge und Erklärungen gelten für die Posten 160–164. In jeder dieser Produktegruppen könnten sicherlich 2 % eingespart werden. Auf der Notfallstation des Triemlispitals wäre das zum Beispiel gut möglich. Ich musste dort beobachten, wie viele Leerläufe ein Pfleger machte, um einen gebrochenen Finger meines Mannes zu verbinden. Der Pfleger verliess das Behandlungszimmer wiederholt, um Plastikschienen, spezielle Faltkompressen oder andere Kleinigkeiten zu holen. Zuletzt schrieb er noch während zehn Minuten ein Arztzeugnis, obwohl wir ihn darauf hingewiesen hatten, dass mein Mann kein Zeugnis benötigt, da er sein eigener Arbeitgeber sei. Wären die Behandlungszimmer praktischer eingerichtet und die Pfleger besser instruiert, könnte man hier viel Zeit und somit Geld sparen.*

Karin Rykart Sutter (Grüne): *Es würde mich interessieren, wie viel Geld man mit dem von Marina Garzotto (SVP) erwähnten Beispiel tatsächlich einsparen könnte. Im Stadtspital Triemli werden 25 Stellen geschaffen. Als es einmal um Stellen für Hebammen ging, waren die Stellen stark umstritten. Nun, wo es um Ärzte, Codiererinnen, Pflegefachfrauen, Medizincontrollerinnen geht, wird einfach eine pauschale Kürzung von 2 % für alle Produktegruppen beantragt. Das Defizit des Stadtspitals Triemli beträgt momentan 10,7 Millionen Franken. Die Situation verhält sich gleich wie im Stadtspital Waid. Das Spital steht stark unter Druck.*

Weitere Wortmeldung:

Roger Liebi (SVP): *Beim Globalbudget ist es üblich, nicht in die Tiefe zu gehen, deshalb stellen wir keine Einzelanträge. Wir lassen die Freiheiten den entsprechenden Spitalern. Zum Beispiel mit den Hebammen: Beim letzten Budget hiess es, dass ohne die*

zusätzlichen Stellen 150 Frauen nicht mehr entbinden könnten. Plötzlich standen dann aber doch Betten frei. Es gibt offenbar noch Kapazitäten.

S. 242	30 3035 PG 1	GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT Stadtpital Triemli Laufende Rechnung: Produktegruppen-Globalbudget / Saldo				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
160.	Antrag Stadtrat				-8 248 400	Mehrheit Karin Rykart Sutter (Grüne) Referentin, Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
			165 000		-8 413 400	Minderheit Dr. Daniel Regli (SVP) Referent, Präsident Roger Liebi (SVP)
		Begründung: Saldoverbesserung 2 %				

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 100 gegen 24 Stimmen zu.

Antrag 161.

Wortmeldungen siehe Antrag 160. (Beschluss-Nr. 3404/2012).

S. 242	30 3035 PG 2	GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT Stadtpital Triemli Laufende Rechnung: Produktegruppen-Globalbudget / Saldo				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
161.	Antrag Stadtrat				-7 995 200	Mehrheit Karin Rykart Sutter (Grüne) Referentin, Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
			159 900		-8 155 100	Minderheit Dr. Daniel Regli (SVP) Referent, Präsident Roger Liebi (SVP)
		Begründung: Saldoverbesserung 2 %				

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 95 gegen 24 Stimmen zu.

Antrag 162.

Wortmeldungen siehe Antrag 160. (Beschluss-Nr. 3404/2012).

S. 242	30 3035 PG 3	GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT Stadtspital Triemli Laufende Rechnung: Produktegruppen-Globalbudget / Saldo				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
162.	Antrag Stadtrat				18 787 000	Mehrheit Karin Rykart Sutter (Grüne) Referentin, Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
			375 700		18 411 300	Minderheit Dr. Daniel Regli (SVP) Referent, Präsident Roger Liebi (SVP)
		Begründung: Saldoverbesserung 2 %				

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 94 gegen 23 Stimmen zu.

Antrag 163.

Wortmeldungen siehe Antrag 160. (Beschluss-Nr. 3404/2012).

S. 242	30 3035 PG 4	GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT Stadtspital Triemli Laufende Rechnung: Produktegruppen-Globalbudget / Saldo				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
163.	Antrag Stadtrat				12 484 600	Mehrheit Karin Rykart Sutter (Grüne) Referentin, Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
			249 700		12 234 900	Minderheit Dr. Daniel Regli (SVP) Referent, Präsident Roger Liebi (SVP)
		Begründung: Saldoverbesserung 2 %				

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 99 gegen 24 Stimmen zu.

Antrag 164.

Wortmeldungen siehe Antrag 160. (Beschluss-Nr. 3404/2012).

S. 242	30 3035 PG 5	GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT			
		Stadtspital Triemli			
		Laufende Rechnung: Produktgruppen-Globalbudget / Saldo			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
164.	Antrag Stadtrat			-2 306 000	Mehrheit
					Karin Rykart Sutter (Grüne) Referentin, Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
		46 100		-2 352 100	Minderheit
					Dr. Daniel Regli (SVP) Referent, Präsident Roger Liebi (SVP)
		Begründung: Saldoverbesserung 2 %			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 99 gegen 24 Stimmen zu.

Antrag 165.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Tamara Lauber (FDP): Wir beantragen hier eine Streichung von 1 428 200 Franken. Es laufen hier verschiedene Posten im Zusammenhang mit dem Programm Energie-Coaching zusammen. Die FDP hat dieses im Sommer abgelehnt. Bei diesem Antrag geht es um Beträge für die Energie-Coaches oder Hilfsmittel für die externen Coaches. Der Betrag ist sehr hoch. Ich zitiere aus dem Bericht «Klimaschutzmassnahmen in der Stadt Zürich»: «Massnahmen, bei denen die Verursacher sich überhaupt nicht an den Kosten beteiligen, gibt es nur wenige. Zu finden sind diese vor allem im Beratungsbereich, zum Beispiel Energieberatung. Diese Dienstleistung kann von Personen bezogen werden, die sich nicht an deren Kosten beteiligen, und die keine Verpflichtung zur anschliessenden Emissionsreduktion eingehen.» Es ist erstaunlich, dass der Rat bereit ist, so viel Geld für Beratungen auszugeben, ohne dass wir eine Garantie haben, dass diese wirklich etwas bringen.

Karin Rykart Sutter (Grüne): Am 22. August 2012 wurde im Gemeinderat die definitive Einführung des Energie-Coachings beschlossen. Die FDP und die SVP waren dagegen, doch das ist kein Grund, um nun den Betrag zu streichen.

Weitere Wortmeldungen:

Rolf Müller (SVP): Die Abstimmung zum Energie-Coaching erfolgte am 22.08.2012. SVP und FDP waren damals dagegen. Wir wurden mit 77 zu 35 Stimmen überstimmt. Die SVP beantragt trotzdem eine Kürzung des Kontos um 1 428 200 Franken.

Simon Kälin (Grüne): Es geht einmal mehr um die 2000-Watt-Gesellschaft. Das Energie-Coaching hat einen exzellenten Leistungsausweis. Diverse Hauseigentümer, vor-

wiegend Senioren, würden nicht mehr aus eigenem Antrieb eine Sanierung ins Auge fassen, wenn sie nicht ein entsprechendes Angebot der Stadt oder von Dritten zur Verfügung hätten. Oft werden die Massnahmen dann auch umgesetzt. Gerade im Gebäudereich ist das grösste Potenzial für energetische Einsparungen vorhanden. Die Stadt hat in diesem Bereich einen klar ausgewiesenen Leistungsausweis. Das Geld, das heute eingespart wird, muss morgen über Klimaschäden um ein Mehrfaches zurückbezahlt werden.

S. 245 30
3045
3180 0000

GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT
Umwelt- und Gesundheitsschutz
Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter

		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
165.	Antrag Stadtrat			2 704 000	Mehrheit	Karin Rykart Sutter (Grüne) Referentin, Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
		1 428 200		1 275 800	Minderheit	Urs Schmid (FDP) Referent, Präsident Roger Liebi (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Dr. Daniel Regli (SVP)
		Begründung: Kein Budget für Ausgaben im Zusammenhang mit Energie-Coaching sowie weiteren Förderungsprojekten				

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 83 gegen 40 Stimmen zu.

HOCHBAUDEPARTEMENT

Antrag 232.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Urs Schmid (FDP): Der Stadtrat beantragt vier auf zwei Jahre befristete Stellen für die Erstellung denkmalpflegerischer Grundlagen für die kommenden Sanierungen von inventarisierten Wohnsiedlungen. Die Mehrheit ist der Auffassung, dass die Arbeit mit drei statt vier Stellen ausgeführt werden kann. Behörden und Verwaltung pflegen in der Ausübung ihrer Aufgaben eine pragmatische Bewilligungspraxis. Weiter handelt es sich um das Erarbeiten allgemeiner denkmalpflegerischer Grundlagen. Uns ist es klar, dass die Auslegung des Gesetzes durch die Rechtsprechung aufwändiger wird. Die Mehrheit ist aber der Auffassung, dass nicht alles miteinander ausgeführt werden muss, sondern dass das Wichtige vom Unwichtigen auseinanderzuhalten ist.

Ruggero Tomezzoli (SVP): Geplant sind vier Stellen für die Erstellung denkmalpflegerischer Grundlagen für inventarisierte Wohnungssiedlungen. Die Stellen sind auf zwei Jahre befristet. Denkmalpflege ist wichtig, doch es braucht keinen vorsorglichen Ausbau dieser Leistungen. Auch in diesem Bereich sollte man sich auf das Notwendige konzentrieren. Die Aufgabe soll mit den bestehenden Mitteln gelöst werden. Deshalb beantragen wir eine Verbesserung von 329 600 Franken.

S. 293	40	HOCHBAUDEPARTEMENT			
	4015	Amt für Städtebau			
	3010 0000	Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
232.	Antrag Stadtrat	130 000		11 069 900	
		329 600		10 939 900	Mehrheit
				10 740 300	Minderheit
					Enthaltung
	Begründung:	SVP: Vorsorgliche denkmalpflegerische Arbeiten reduzieren; GLP/SP/FDP/Grüne: 3 statt 4 Stellen für denkmalpflegerische Grundlagen			

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Mehrheit	(10 939 900)	94 Stimmen
Antrag Minderheit	(10 740 300)	24 Stimmen
Antrag Stadtrat	(11 069 900)	<u>5 Stimmen</u>

Total 123 Stimmen
 = absolutes Mehr 62 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Mehrheit zugestimmt.

Antrag 233.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Dr. Daniel Regli (SVP): Das Amt für Städtebau verlangt 250 000 Franken für Anschaffungen von Maschinen und Geräten. Im Budget 2012 fand bereits eine Erhöhung von 44 000 Franken auf 200 000 Franken statt. Nun werden schon wieder 49 500 Franken mehr verlangt. Auch dieses Mal geht es um Tauchgeräte. Benötigt werden Funkgeräte für die Unterwasserkommunikation. Das ist uns deutlich zu teuer. Wir fordern, auf die 200 000 Franken zurückzugehen.

Christine Seidler (SP): Die Tauchgeräte werden unter anderem auch von den Unterwasserarchäologen für elektrische Leitungen benötigt. Es geht vor allem auch um die dendrochronologischen Untersuchungen. Es handelt sich um Berufstaucher, die ihre Ausrüstung und entsprechende Arbeitsgeräte benötigen.

S. 293	40 4015 3111 0000	HOCHBAUDEPARTEMENT Amt für Städtebau Anschaffungen Maschinen, Geräte, Fahrzeuge				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
233.	Antrag Stadtrat				250 000	Mehrheit
			49 500		200 500	Minderheit
			Begründung: Budgetierter Betrag 2012 muss reichen			
						Christine Seidler (SP) Referentin, Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Florian Utz (SP) Dr. Daniel Regli (SVP) Referent, Präsident Roger Liebi (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Urs Schmid (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 76 gegen 45 Stimmen zu.

Antrag 234.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Dr. Daniel Regli (SVP): Die FDP und die SVP beantragen eine Kürzung von 4000 Franken für eine Reise nach Kunming. Die Städtepartnerschaften überzeugen uns nicht. Durch die Kürzung können wir das Amt für Städtebau davon abhalten, die Städtepartnerschaft aufzufrischen oder zu forcieren. Kunming ist eine 8-Millionen-Metropole, wirtschaftlich sehr produktiv, mit 10 % Wachstum pro Jahr. Die Stadt verfügt über Infrastrukturen auf dem neusten Stand. Der Sinn der Reise ist mir nicht klar. Ein Nachwort,

das die FDP nicht mehr betrifft: Weshalb besteht überhaupt eine Partnerschaft mit Kunming? Dass Mao ein Massenmörder ist, ist historisch verbürgt. Es geht um 70 Millionen Tote. Es ist unverständlich, dass die Mehrheit die Partnerschaft aufrechterhalten will.

Christine Seidler (SP): Dr. Daniel Regli (SVP) kritisiert die Menschenrechte in China zu Recht. Er führt aus, wie fortschrittlich Kunming ist. Die Globalisierung hat längst dazu geführt, dass Indien und China auf dem Vormarsch sind und uns überholen werden. Europa wird ein Entwicklungsgebiet werden. Es wäre förderlich, wenn unsere Stadträte diese Länder besuchen und lernen könnten, wie man sich weiterentwickelt und sich nicht auf den Lorbeeren der Industrialisierung ausruht. Zudem ist es etwas kleinlich, eine Kürzung um 4000 Franken zu beantragen. Diese könnte man auch anders einsparen.

Weitere Wortmeldungen:

Roger Liebi (SVP): Es werden tatsächlich wirtschaftliche Veränderungen auf uns zukommen. Christine Seidler (SP) hat den Besuch in Kunming mit dem Wachstum von China begründet. Man müsse die wirtschaftlichen Bindungen sichern. Gleichzeitig hat sie kürzlich mit uns zusammen die Beiträge für die Standortförderungsorganisation Greater Zurich Area (GZA) abgelehnt. Gerade die GZA ist relativ stark in China tätig. Nach dem Votum von Christine Seidler (SP) kann ich nicht verstehen, dass sie die Streichung der 250 000 Franken unterstützte, die sicher etwas bewirkt hätten. Die 4000 Franken für die Reise nach Kunming will sie hingegen nicht streichen.

Christoph Spiess (SD): Die Partnerschaft mit Kunming existiert seit vielen Jahren. Bedenken wegen dem Umgang Chinas mit Grundrechten hätte man zu Beginn der Partnerschaft anbringen müssen. Meiner Meinung nach ist es nicht sinnvoll, den Chinesen unser Verständnis von Grundrechten aufzuzwingen. Wir konnten mit der Partnerschaft durchaus schon etwas erreichen. China wird im ökologischen Bereich zunehmend zu einem Problem. Im Rahmen der Partnerschaft konnten wir erreichen, wenigstens in Kunming das Verständnis für die Umweltprobleme zu wecken. Man kann eine solche Freundschaft und Partnerschaft möglicherweise etwas herunterfahren, sollte es aber besonders bei asiatischen Ländern nicht übertreiben. Es ist kleinlich, wegen 4000 Franken einen Antrag zu stellen.

Philipp Käser (GLP): Vor zwei Tagen wurde China von der SVP noch als leuchtendes Vorbild im Bereich wirtschaftliche Leistung angesehen. Ich bin überrascht, dass China heute nun als schlimmes Land bezeichnet wird, das man keinesfalls bereisen darf. Wie dem auch sei: Wir haben auf diesem Konto bereits einen Pauschalbetrag gestrichen. Falls die Stadt der Meinung wäre, man müsse die Reise nach Kunming streichen, könnten wir damit leben.

Mario Mariani (CVP): Wir sprechen nun schon bald zehn Minuten über dieses Thema und haben damit die Hälfte der 4000 Franken bereits verbraucht.

S. 294	40	HOCHBAUDEPARTEMENT				
	4015	Amt für Städtebau				
	3170 0000	Reise- und Spesenentschädigungen des Personals				
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
234.	Antrag Stadtrat			56 400	Mehrheit	Christine Seidler (SP) Referentin, Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Florian Utz (SP)
		4 000		52 400	Minderheit	Dr. Daniel Regli (SVP) Referent, Präsident Roger Liebi (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Urs Schmid (FDP)
		Begründung: Keine Reise nach Kunming				

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 82 gegen 37 Stimmen zu.

Antrag 235.

Kommissionsminderheiten/-mehrheit:

Walter Angst (AL): *Ich muss vorausschicken, dass wir bei unserer Fraktionserklärung von einem Grundlagenirrtum ausgingen. Wir sagten, man könne beim neuen Kongresszentrum die Planung zum Zeitpunkt stoppen, wenn man noch nicht Millionen ausgegeben hat. Das ist leider nicht der Fall. 2009 wurde ein Planungskredit von 2,3 Millionen Franken beschlossen. 1,3 Millionen Franken wurden nun schon ausgegeben. Daher ist es erstaunlich, dass der Stadtrat überhaupt einen Antrag über 1,5 Millionen Franken stellt. Das würde insgesamt 2,8 Millionen Franken ergeben. Offensichtlich war die Planung schon weiter fortgeschritten, als man das Budget erstellte. Unserer Meinung nach sollte die Planung gestoppt werden. Es sollten nicht 900 000 Franken ausgegeben werden, wenn gar nicht klar ist, was man machen will. Wir sollten erst dann wieder diskutieren, wenn wir wissen, was wir wollen und wie wir es finanzieren. Wir beantragen deshalb eine Totalkürzung dieses Betrags.*

Christine Seidler (SP): *Der Gemeinderat hat beschlossen, dass der Stadtrat damit beauftragt wird, nochmals sorgfältig die Evaluation für das Kongresshaus zu prüfen. Diesen Auftrag sollte der Stadtrat auch ausführen. Doch in der RPK sind Unklarheiten aufgetaucht und wir hatten den Eindruck, dass auch ein niedrigerer Betrag genügen würde. Mit dem Geld sollte eine Weisung ausgearbeitet werden. Der Stadtrat sollte sich in seiner Strategie Klarheit verschaffen und überlegen, ob das Kongresshaus nach Zürich kommen soll und wenn ja, an welchen Standort. Die Minderheit 2 beantragt deshalb, statt der 1,5 Millionen Franken nur 900 000 Franken einzustellen.*

Dr. Urs Egger (FDP): *Wir möchten so schnell wie möglich ein Kongresszentrum in der Stadt. Es gab weitere Abklärungen und wir möchten dem Stadtrat die Mittel geben, die Planung voranzutreiben. Dabei sollen keine Hindernisse im Weg stehen. Wir sind überzeugt, dass dazu der gesamte Betrag nötig ist.*

Weitere Wortmeldungen:

Walter Angst (AL): Der Stadtrat darf gemäss dem Planungskredit von damals im Jahr 2013 gar nicht mehr als 900 000 Franken ausgeben. Gespart wird in dem Sinne nichts. Entweder entscheidet man sich für das Kongresshaus, so wie es jetzt aufgegleist ist, und spricht 900 000 Franken oder man entscheidet sich für einen Projektstopp.

Michael Baumer (FDP): Die Kosten werden vermutlich benötigt. Der Standort ist noch nicht ganz klar. Hier wäre tatsächlich noch die eine oder andere Evaluation durchzuführen. Dies würde entsprechend Kosten nach sich ziehen.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Hochbaudepartements Stellung.

STR André Odermatt: Wir sind in der Planung und benötigen für den nächsten Planungsschritt 900 000 Franken. Danach werden wir dem Gemeinderat eine Weisung unterbreiten und es kann seriös diskutiert werden, wie die Umsetzung eines Kongresshauszentrums angepackt werden soll. Eine Streichung der Gelder wäre auch ein Nein zu einer zeitgemässen Kongressinfrastruktur der Stadt Zürich. Dieser Entscheid wäre nicht klug.

S. 294	40 4015 3182 0000	HOCHBAUDEPARTEMENT Amt für Städtebau Entschädigungen für Planungs- und Projektierungsarbeiten Dritter				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
235.	Antrag Stadtrat				1 500 000	Mehrheit
			1 500 000		0	Minderheit 1
			600 000		900 000	Minderheit 2
		Begründung:	SP: Planung Fr. 900 000 muss reichen; AL/GLP/Grüne: Keine Planungs- und Projektierungsarbeiten für Kongresszentrum im 2013			

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat / Mehrheit	(1 500 000)	40 Stimmen
Antrag Minderheit 1	(0)	37 Stimmen
Antrag Minderheit 2	(900 000)	<u>46 Stimmen</u>
Total		123 Stimmen
= absolutes Mehr		62 Stimmen

Keiner der Anträge erhält das absolute Mehr; für die 2. Abstimmung ist der Antrag der Minderheit 1 ausgeschieden.

2. Abstimmung:

Dem Antrag der Minderheit 2 wird mit 78 gegen 40 Stimmen zugestimmt.

Antrag 236.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Urs Schmid (FDP): Nachhaltiges Bauen zielt darauf ab, ökologisch verträgliche und ressourceneffiziente Lösungen wirtschaftlich und mit möglichst viel Lebensqualität für die Nutzenden umzusetzen. Für Neubauten und Sanierungen bedeutet das aufeinander abgestimmte Optimierungen in den Bereichen Energie, Baustoffe, Natur, Nutzerfreundlichkeit, Erscheinungsbild und Lebenszykluskosten. Die Mehrheit ist der Meinung, dass es für die Fachstelle nachhaltiges Bauen keine zusätzlichen 0,4 Stellen braucht. Die Planungskapazität kann mit dem verfügbaren Personal ausgeführt werden.

Christine Seidler (SP): Es geht nicht nur um nachhaltiges Bauen, sondern auch beim Hardturmstadion um Projektökonomie. Projektökonomie ist ein wichtiges Thema und in der Öffentlichkeit wird eine grosse Diskussion darüber geführt, dass Zürich zu teuer baut und eine Verbesserung notwendig ist. Hier bestünde eine Chance, dem Rechnung zu tragen. Es macht Sinn, dort Geld zu investieren, wo man nachher auch eine Effizienz oder ein klares Resultat hat und eine Verbesserung oder eine Kostenklarheit erreicht werden kann.

Weitere Wortmeldungen:

Karin Rykart Sutter (Grüne): Die Grünen wechseln aus der Enthaltung in die Minderheit. Wir werden auch das nachfolgende Postulat der AL unterstützen. Falls es umgesetzt wird, müsste der Stellenabbau bei diesem Antrag vollzogen werden.

Walter Angst (AL): Wir stimmen hier nicht mit der Mehrheit – die wohl zur Minderheit wird –, weil wir der Meinung von Urs Schmid (FDP) sind. Wir sind der Meinung, dass die Projektstelle Verfahrensökonomie nicht im Amt für Hochbauten (AHB) angesiedelt werden soll. Die zusätzlichen Planungsressourcen, die für das Stadion benötigt würden, können mit den bestehenden Ressourcen abgedeckt werden. Wenn man einerseits einen Investitionsplafond hat und gleichzeitig die Planungskapazitäten erhöht, ist es logisch, dass alles etwas teurer wird. Es sind bereits 113,6 Stellen im AHB, zu denen noch 2,4 Stellen hinzukommen würden.

S. 296	40 4020 3010 0000	HOCHBAUDEPARTEMENT Amt für Hochbauten Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals			
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag
236.	Antrag Stadtrat				14 133 900 129 500 N
				Minderheit	Christine Seidler (SP) Referentin, Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Florian Utz (SP)

196 100	14 067 300	Mehrheit	Urs Schmid (FDP) Referent, Präsident Roger Liebi (SVP), Walter Angst (AL), Dr. Urs Egger (FDP), Dr. Daniel Regli (SVP)
		Enthaltung	Karin Rykart Sutter (Grüne)
Begründung:	Keine Erhöhung der Planungskapazitäten. Reduktion Stellenplan auf 115.6		

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 71 gegen 54 Stimmen zu.

3422. 2012/463

Postulat von Walter Angst (AL) vom 05.12.2012: Errichtung eines verwaltungsinternen Baucontrollings ausserhalb der mit Hochbauprojekten befassten Dienstabteilungen

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Hochbaudepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Walter Angst (AL) begründet das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 3379/2012): In der Stadt Zürich fehlt eine Stelle, die untersucht, mit welchen Voraussetzungen, mit welchen Vorgaben und mit welchem Preis-Leistungs-Verhältnis gebaut werden soll. Es herrscht eine komplizierte Struktur zwischen dem Stadtrat, den Bestellern, dem ausführenden Planer, dem AHB und teilweise auch der IMMO. In dieser Konstellation können sich alle Beteiligten gegenseitig blockieren. Allerdings können wir uns nicht vorstellen, dass das Baucontrolling diese Funktion wie vom Stadtrat angedacht als Unterabteilung des Amts für Hochbauten wahrnehmen könnte. Es braucht eine extern funktionierende Institutionenstelle. Wir werden den Textänderungsantrag von Mario Mariani (CVP) annehmen. Dieser weist darauf hin, dass ein Baucontrolling im Planungsprozess intervenieren soll, um ein möglichst gutes Kosten-Leistungsverhältnis zu erreichen, und überprüfen soll, ob die Vorgaben in den Prozessen sinnvoll angewendet werden.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Hochbaudepartements Stellung.

STR André Odermatt: Es sollte über den richtigen Ort für den Aufbau eines unabhängigen Controllings nachgedacht werden. Wir befinden uns mit der RPK in einer intensiven Diskussion. Ich nehme den Dialog ernst und nehme das Postulat entgegen. Wir müssen diese Projekte im Controlling intern aber trotzdem im Griff behalten.

Mario Mariani (CVP) stellt namens der CVP-Fraktion folgenden Textänderungsantrag und begründet diesen: Wir würden mit der Textänderung die Passage «in einer möglichst frühen Phase» einfügen und anstelle von «Baucontrolling» den Begriff «Projektcontrolling» vorschlagen. Als letzten Einschub schlagen wir «zu den Benutzeranforderungen und den Kosten» vor. Die Benutzeranforderungen würden explizit auch in das Controlling einbezogen.

Weitere Wortmeldungen:

Christine Seidler (SP): Auch wenn es nun in die richtige Richtung geht, muss folgendes berücksichtigt werden: Es gibt verschiedene Kostentreiber. Projektausführungen laufen manchmal aus dem Ruder. Doch auch die Auflagen, seien es SIA-Normen, feuerpolizeiliche Auflagen oder Gesundheitsauflagen, laufen aus dem Ruder. Hier sind wir politisch mitverantwortlich. Es ist manchmal fraglich, ob für provisorische Bauten, wo

zum Beispiel eine Küche eingebaut wird, die gleichen Hygienestandards wie für eine Spitalküche genügen müssen. Natürlich will niemand schuld sein, wenn ein Kind Salmonellen erwischt, weil die Küche nicht die Standards erfüllt. Doch manchmal wäre etwas weniger Reglementierung förderlich, um solche expansive Entwicklungen einzudämmen.

Roger Liebi (SVP): STR André Odermatt hat der RPK zugesichert, dass er im ersten Quartal 2013 in der RPK einen Plan präsentieren wird, was hier unternommen werden könnte. Deshalb hielten wir es nicht für notwendig, noch ein Postulat nachzureichen. Die RPK vertraut dem Stadtrat. Wir sind etwas überrascht über die Textänderung beziehungsweise über die Ausweitung vom Bau zum Projekt als solches. Die SVP ist der Meinung, dass das Postulat mit der Textänderung nicht angenommen werden sollte.

Michael Baumer (FDP): Das Thema wurde in der RPK diskutiert und ich gehe davon aus, dass der Stadtrat sich nicht auf die zwei Jahre berufen wird. Somit ist das Anliegen eigentlich erfüllt. Zur Textänderung: Es ist etwas speziell, in einer früheren Phase des Projekts bereits zu beginnen. Wir haben schon einige Male gefordert, dass man bereits zu Beginn angeben sollte, was genau bestellt wird, dass man ein Kostendach setzen und Zielvorgaben machen sollte. Überweisen wir das Postulat, sollte es nur um das Baucontrolling gehen, und nicht darum, in allen Bereichen der Stadtverwaltung ein separates Controlling aufzuziehen. Ich gehe davon aus, dass der Stadtrat das auch so sieht.

Walter Angst (AL) ist mit der Textänderung einverstanden: Es geht nicht um ein allgemeines Projektcontrolling. Die Textänderung definiert genau, dass das Projektcontrolling bei Hochbauprojekten eingeführt werden soll. Wir nehmen den Textänderungsvorschlag an.

Angenommene Textänderung:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie ausserhalb der mit Hochbauprojekten befassten Dienstabteilungen (insbesondere AHB, Immo, AFS) in einer möglichst frühen Phase ein verwaltungsinternes BauProjektcontrolling eingerichtet werden kann. Das BauControlling soll den beschlussfassenden Instanzen in Form von Mitberichten Aussagen zu den Benutzeranforderungen und den Kosten machen und die Planerinnen und Planer bei der Erarbeitung von Projekten mit gutem Preis-Leistungs-Verhältnis unterstützen.

Das geänderte Postulat wird mit 101 gegen 24 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Antrag 238.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Ruggero Tomezzoli (SVP): Wir beantragen hier eine bescheidene Kürzung um 70 000 Franken. Man kann in einzelnen Bereichen keine Wünsche äussern, wenn das gesamte Budget angespannt ist. Gerade bezüglich der Anschaffung von Geräten und Maschinen ist Zurückhaltung angesagt.

Urs Schmid (FDP): In der Verwaltung existiert ein Katalog mit mehr als 40 000 Maschinen und Geräten, die ausserhalb der separat bewilligten Bauvorhaben neu beschafft oder ersetzt werden müssen. Wir erhielten von der Verwaltung Übersichtstabellen über

Beschaffung, Unterhalt und Reparatur von Maschinen, Geräten und Material sowie eine Zuständigkeitsübersicht.

S. 301	40 4040 3111 0111	HOCHBAUDEPARTEMENT Immobilien-Bewirtschaftung Anschaffungen Maschinen, Geräte, Fahrzeuge: Verwaltung und öffentliche Einrichtungen				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
238.	Antrag Stadtrat				870 000	Mehrheit
			70 000		800 000	Minderheit
			Begründung: Geräte nicht vorzeitig ersetzen			
						Urs Schmid (FDP) Referent, Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP) Dr. Daniel Regli (SVP) Referent, Präsident Roger Liebi (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 101 gegen 24 Stimmen zu.

Antrag 239.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Dr. Daniel Regli (SVP): Die Immobilien-Bewirtschaftung der Stadt Zürich verlangt für den Unterhalt und die Reinigung der Liegenschaften im Jahr 2013 einen Betrag von 37,4 Millionen Franken. Darin enthalten sind 4 Millionen, die über den Novemberbrief beantragt wurden. 3 dieser 4 Millionen Franken sind ausgewiesen. Es handelt sich dabei um den Brandfall Rote Fabrik. Gehen wir aber auf die Rechnung 2011 zurück, waren es damals nur 27 Millionen Franken. Nun sind es 37 Millionen Franken. Wir beantragen eine Einsparung von 500 000 Franken.

Christine Seidler (SP): Es ist unsere Kernkompetenz, dass wir bestimmen dürfen, wo wir Geld ausgeben dürfen und wo gespart werden soll. Will man sparen, sollte man konkret sagen, wo genau gespart werden soll. Dieser Antrag hat auch mit dem Bild der Stadt zu tun. Wenn die Stadt wächst und mehr Personen in der Stadt sind, braucht es auch mehr Unterhalt und damit mehr Geld.

Weitere Wortmeldung:

Roger Liebi (SVP): Es kam nun zum dritten Mal die Aufforderung von der SP, dass wir genau sagen sollen, wo gekürzt werden soll. Die Koalitionsparteien der GLP und der SP haben unter dem Konto 1060 die grössten Kürzungsposten dieser Budgetdebatte gestellt und mussten dort auch nicht sagen, wo und weshalb sie genau dort sparen wollen. Doch wir von unserer Seite sollen überall sagen, wo genau wir sparen wollen. Das muss aufhören.

S. 302	40 4040 3141 0100	HOCHBAUDEPARTEMENT Immobilien-Bewirtschaftung Unterhalt und Reinigung der Liegenschaften des VV: Verwaltung und öffentliche Einrichtungen				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
239.	Antrag Stadtrat				33 453 000 4 000 000 N	Mehrheit
			500 000		36 953 000	Minderheit
						Christine Seidler (SP) Referentin, Vizepräsidentin Rebekka Wylter (SP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Florian Utz (SP) Dr. Daniel Regli (SVP) Referent, Präsident Roger Liebi (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Urs Schmid (FDP)
						Begründung: Pauschale Kürzungen des Unterhalts

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 78 gegen 45 Stimmen zu.

Antrag 240.

Kommissionsreferentin:

Christine Seidler (SP): Die RPK war sich mit einer Enthaltung einig. Es geht um akustische Massnahmen bei Arbeitsintegration und um Velounterstände, die verschoben werden konnten. Es wird weniger Geld gebraucht. Wir möchten 400 000 Franken statt 500 000 Franken ins Budget stellen.

S. 302	40 4040 3149 0500	HOCHBAUDEPARTEMENT Immobilien-Bewirtschaftung Kleinere Neu- und Umbauten: Sozialdepartement				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
240.	Antrag Stadtrat				500 000	
			100 000		400 000	Zustimmung
						Christine Seidler (SP) Referentin, Präsident Roger Liebi (SVP), Vize- präsidentin Rebekka Wylter (SP), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli- Danuser (SP), Dr. Daniel Regli (SVP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Florian Utz (SP) Enthaltung Walter Angst (AL)
						Begründung: Überbudgetiert, Anpassung an Realität notwendig und vertretbar

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 121 gegen 0 Stimmen zu.

Antrag 241.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Ruggero Tomezzoli (SVP): Der Stadtrat sieht einen Mehrbedarf an Hort- und Betreuungsplätzen. Die Position der SVP betreffend Horte ist bekannt. Ein Ausbau ist nicht angemessen. Wir beantragen deshalb eine Kürzung um 240 000 Franken.

Urs Schmid (FDP): Gemäss der Schülerzahlen und den Vorgaben der Kreisschulpflegen ist ein Mehrbedarf an Hortlokalitäten, Kindergarten und Übungslokalitäten für den Musikunterricht der Musikschule Konservatorium Zürich zwingend erforderlich. Der fortgeschrittene Unterricht muss im normalen Rahmen durchgeführt werden können. Das Konto beinhaltet zudem eine anteilmässige Zusatzmiete von August bis Dezember 2013 der KMZ für Räumlichkeiten an der Florhofstrasse 6.

S. 303	40 4040 3160 0200	HOCHBAUDEPARTEMENT Immobilien-Bewirtschaftung Miete und Pacht von Liegenschaften: Schule				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
	241.	Antrag Stadtrat			7 250 000 330 000 N	Mehrheit
			240 000		7 340 000	Minderheit
			Begründung:	Kein weiterer Hortausbau		Urs Schmid (FDP) Referent, Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP) Dr. Daniel Regli (SVP) Referent, Präsident Roger Liebi (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 97 gegen 25 Stimmen zu.

Gemeinsame Behandlung der Anträge 242. und 243.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Samuel Dubno (GLP): Die Mehrheit der RPK beantragt, auf die Beschaffung und den Unterhalt der Oxymount Geräte zu verzichten. Das Zürcher Trinkwasser ist von ausgezeichneter Qualität. Auch gemäss der industriellen Betriebe kann das Trinkwasser jederzeit vom Wasserhahn getrunken werden und ist in hygienischer Hinsicht mindestens so gut wie die meisten Mineralwässer und dazu unvergleichbar günstiger.

Urs Schmid (FDP): Aufgrund des Stadtratbeschlusses 429 wurden Personalcafeterias, Aufenthalts- und Serviceräume kontinuierlich mit diesen Geräten ausgerüstet. Der Planungsstand sieht für das Jahr 2013 maximal 130 Geräte für Neubauten vor. Die Gerätemiete kostet jährlich zwischen 800 und 1 200 Franken. In der Miete sind die Wartung, der Service, die Reparatur sowie der Ersatz sichergestellt. Ebenfalls inbegriffen sind der Sauerstoff sowie der Desinfektionsspray. Die Wasserspender werden aufgrund hygienischer Massnahmen alle fünf Jahre komplett ausgewechselt.

Weitere Wortmeldungen:

Andreas Kirstein (AL): Die AL wird mit der Minderheit stimmen. An den seltsamsten Orten wird nach Sparmöglichkeiten gesucht. Der Versuch, der Stadtverwaltung auch noch die Trinkwasserspender zu streichen, scheint etwas übertrieben. Auf diese Weise würden wir in kürzester Zeit zu allen möglichen Utensilien des täglichen Bedarfs eines Verwaltungsmitarbeiters kommen. Man sollte sich auf das Wesentliche konzentrieren und den Kürzungsantrag ablehnen.

Thomas Schwendener (SVP): Die 2000-Watt-Gesellschaft lässt grüssen: Verlangt wird Desinfektionsmittel für die Wasserspender. Es ist haarsträubend, was hier vorliegt. Das Risiko, sich zu infizieren, ist überall vorhanden. Es handelt sich hier sogar noch um wiederkehrende Mietbeträge. Da stimmt etwas nicht. Das hat nichts mit einem Stadtratsbeschluss, sondern mit Unvernunft zu tun.

Michael Baumer (FDP): Bereits die Lunch-Checks führten vor zwei bis drei Jahren zu solch einer Diskussion. Ich war schon damals erstaunt. Nun will man den Mitarbeitenden auch noch das Wasser streichen.

S. 303	40 4040 3161 0100	HOCHBAUDEPARTEMENT Immobilien-Bewirtschaftung Mieten und Benutzungskosten: Verwaltung und öffentliche Einrichtungen				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
242.	Antrag Stadtrat				165 000	Minderheit Urs Schmid (FDP) Referent, Dr. Urs Egger (FDP)
			140 000		25 000	Mehrheit Samuel Dubno (GLP) Referent, Präsident Roger Liebi (SVP), Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Dr. Daniel Regli (SVP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
						Enthaltung Walter Angst (AL)
			Begründung: Verzicht auf Oxymount Geräte			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 95 gegen 28 Stimmen zu.

Antrag 243.

Wortmeldungen siehe Antrag 242. (Beschluss-Nr. 3404/2012).

S. 303	40 4040 3161 0200	HOCHBAUDEPARTEMENT Immobilien-Bewirtschaftung Mieten und Benutzungskosten: Schule			
			Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag
243.	Antrag Stadtrat		24 000		90 000 66 000
					Minderheit Mehrheit
					Enthaltung
					Urs Schmid (FDP) Referent, Dr. Urs Egger (FDP) Samuel Dubno (GLP) Referent, Präsident Roger Liebi (SVP), Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Dr. Daniel Regli (SVP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP) Walter Angst (AL)
		Begründung:	Verzicht auf Oxymount Geräte		

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 94 gegen 27 Stimmen zu.

TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT
Antrag 166.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Roger Liebi (SVP): *Wir halten die Städtekonferenz Mobilität nicht für notwendig. Die Stadt macht in Sachen Mobilität ohnehin, was sie will. Ein wirklicher Austausch interessiert sie offenbar nicht. Es wird mehr und mehr eine Mauer um die Stadt gebaut. Von Mobilität kann keine Rede sein. Es handelt sich um eine stadtinterne Mobilität, bei der es nur um diejenige des öffentlichen Verkehrs geht. Deshalb beantragen wir eine Kürzung um 10 000 Franken.*

Florian Utz (SP): *Bei der Städtekonferenz Mobilität geht es um die Zusammenarbeit von siebzehn Städten in der Schweiz. Der Dialog ist wichtig und die Zusammenarbeit sinnvoll. 10 000 Franken sind ein moderater und gut investierter Betrag.*

Weitere Wortmeldungen:

Marc Bourgeois (FDP): *Ich empfehle dem Stadtrat, die 10 000 Franken in einen Dialog mit dem Kanton zu investieren.*

Mauro Tuena (SVP): *Im Begriff Städtekonferenz Mobilität steckt das Wort Automobil. Mobilität bedeutet, sich zu bewegen. Ich möchte dem Stadtrat den Verzicht auf die Städ*

tekonferenz Mobilität empfehlen. Die Ziele, die sich aus dem Wort ergeben, werden durch die Städtekonferenz sicher nicht umgesetzt.

S. 249	35 3500 3197 0000	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT Tiefbau- und Entsorgungsdepartement Zentrale Verwaltung Mitgliederbeiträge				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
166.	Antrag Stadtrat				20 000	Mehrheit
			10 000		10 000	Minderheit
						Florian Utz (SP) Referent, Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP) Präsident Roger Liebi (SVP) Referent, Dr. Urs Egger (FDP), Dr. Daniel Regli (SVP), Urs Schmid (FDP)
			Begründung: Verzicht auf Städtekonferenz Mobilität			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 82 gegen 42 Stimmen zu.

Antrag 167.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Theo Hauri (SVP): Auch wenn sich der altbekannte Raum Nr. 501 an bester Lage befindet, ist ein Mietpreis von über 700 Franken pro Quadratmeter für ein Sitzungszimmer mit einer einfachen Infrastruktur und Totalkosten von über 83 000 Franken viel zu hoch. Der damalige Beschluss, Flächen für dringend benötigte Büroarbeitsplätze besser zu nutzen, ist nach wie vor einleuchtend. Sitzungszimmer stehen in den benachbarten Amtshäusern genügend zur Verfügung. Die beiden Sitzungszimmer im Erdgeschoss etwa könnten mittels Unterteilungsauflösung vergrössert werden. Die SVP-Fraktion beantragt, das Budget um die nicht notwendige Portfoliomiete zu entlasten.

Dr. Urs Egger (FDP): Die Mehrheit versteht den Kürzungsbetrag nicht ganz. Die Miete würde 83 000 Franken betragen. Unserer Meinung nach ist die Nutzung ausgewiesen. Das Sitzungszimmer steht verschiedensten Dienstabteilungen und auch städtischen Kommissionen zur Verfügung.

S. 249	35 3500 3913 0000	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT Tiefbau- und Entsorgungsdepartement Zentrale Verwaltung Vergütung an IMMO für Raumkosten				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
167.	Antrag Stadtrat				506 400	Mehrheit
						Dr. Urs Egger (FDP) Referent, Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)

69 700	436 700	Minderheit	Präsident Roger Liebi (SVP) Referent, Dr. Daniel Regli (SVP)
Begründung: Die vielfältigen Räumlichkeiten haben bisher ausgereicht und müssen angesichts der Finanzlage auch künftig ausreichen			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 98 gegen 26 Stimmen zu.

Antrag 168.

Kommissionsminderheiten/-mehrheit:

Theo Hauri (SVP): Behindertengerechtes Bauen wird seit Jahrzehnten praktiziert. Die einschlägigen Normen und Abläufe sind bekannt. Die zusätzliche Ideologiestelle für den sogenannten Masterplan Velo für 65 000 Steuerfranken in einem halben Jahr ist überflüssig und kommt nicht in Frage. Einmal mehr werden per Stadtratsbeschluss drei befristete Stellen mit höchst fadenscheinigen Rechtfertigungen in Dauerstellen umgewandelt. Im Tiefbauamt muss die Planung auf Nützlich und Notwendiges beschränkt werden. Für flächendeckende Veranstaltungen und sogenannte Aufwertungen ganzer Strassenzüge ist kein Geld mehr vorhanden. Hier spart die Stelle rund 300 000 Franken. Angesichts der höchst angespannten Finanzlage wäre auch hier wesentlich mehr Zurückhaltung angezeigt.

Dr. Urs Egger (FDP): Es geht um die Stelle, die die Umsetzung Stadtverkehr 2025 planen soll. Die Minderheit 2 ist der Meinung, dass die Aufgaben mit den bestehenden Ressourcen zu bewältigen sein sollten und beantragt eine Verbesserung um 150 000 Franken.

Florian Utz (SP): Das Volk hat über das Behindertengleichstellungsgesetz und über die Städteinitiative Stadtverkehr 2025 entschieden, die auch die Velowegforderung vorsieht. Ich bin erstaunt, dass Volksentscheide gemäss der SVP eine zweifelhafte Grundlage für Stellen sein können. Die Argumentation der FDP besagt nicht, dass Volksentscheide nicht umgesetzt werden sollen, will aber die notwendigen Mittel nicht sprechen. Die Mehrheit ist der Meinung, dass die Volksentscheide umgesetzt und die dazu notwendigen Ressourcen gewährt werden müssen.

S. 254	35	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT			
	3515	Tiefbauamt			
	3010 0000	Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
168.	Antrag Stadtrat			31 629 600 - 125 000 N	Mehrheit Florian Utz (SP) Referent, Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP)
		365 000		31 139 600	Minderheit 1 Präsident Roger Liebi (SVP) Referent, Dr. Daniel Regli (SVP)
		150 000		31 354 600	Minderheit 2 Dr. Urs Egger (FDP) Referent, Walter Angst (AL), Urs Schmid (FDP)
		Begründung: FDP/AL: Die Umsetzung Stadtverkehr 2025 muss mit den bestehenden Ressourcen durchgeführt werden; SVP: Stellen für Stadtverkehr 2025 streichen			

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat / Mehrheit	(31 504 600)	70 Stimmen
Antrag Minderheit 1	(31 139 600)	24 Stimmen
Antrag Minderheit 2	(31 354 600)	<u>29 Stimmen</u>
Total		123 Stimmen
= absolutes Mehr		62 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Mehrheit zugestimmt.

Antrag 169.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Roger Liebi (SVP): Wir möchten hier 50 000 Franken sparen. Es geht um sämtliche unter dem Konto 3101 3515 aufgeführte Kosten bezüglich Projekten Kunst im öffentlichen Raum (KiöR). Scheinbar haben wir noch nicht genug Kunst und Kultur in der Stadt. Der Stadtrat ist hier vom Weg abgekommen. Mit der Streichung der KiöR-Projekte hilft man dem Stadtrat wieder auf den richtigen Weg.

Florian Utz (SP): Die SP hat zugestimmt, den Jahresbericht nicht mehr zu drucken. Wir haben damit einer Kürzung über 9 % aller Druckkosten zugestimmt. Es geht um Druckkosten von insgesamt 50 000 Franken. Die Jahresberichte machen 5000 Franken davon aus. Das entspricht genau der Pauschalkürzung, die die SP unterstützt hat und auch dem Postulat der Grünen. Ansonsten sollte das Konto unangetastet bleiben.

Weitere Wortmeldung:

Roger Liebi (SVP): Florian Utz (SP) bezog sich auf eine Pauschalkürzung. Ich wollte mich vergewissern, dass er damit den Jahresbericht meinte. Er warf uns vorher vor, dass wir nicht genau sagen würden, wo man kürzen soll. Wir möchten weder den Jahresbericht, den Leitfaden noch die Schriftenreihe finanzieren.

S. 254	35	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT			
	3515	Tiefbauamt			
	3101 0000	Druck-, Reproduktions- und Vervielfältigungskosten			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
169.	Antrag Stadtrat			229 700	Mehrheit
					Florian Utz (SP) Referent, Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP)

50 000	179 700	Minderheit	Präsident Roger Liebi (SVP) Referent, Dr. Urs Egger (FDP), Dr. Daniel Regli (SVP), Urs Schmid (FDP)
		Enthaltung	Walter Angst (AL)

Begründung: Verzicht auf KiöR Projekte

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 70 gegen 52 Stimmen zu.

Antrag 170.

Kommissionsminderheiten/-mehrheit:

Mauro Tuena (SVP): Zu Antrag 170 und den folgenden Anträgen zum Thema Masterplan Velo und Stadtverkehr Projekte musste man detaillierte Anfragen in der RPK vorstellen, um genauere Informationen zu erhalten. Künftig sollte von Beginn an in einer Liste zuhänden der RPK und der zuständigen Fachkommission offengelegt werden, wo und wie viele und wann beim Masterplan bereits Projekte eingestellt wurden. Es wäre zu bevorzugen, dass man entweder eine Globalweisung oder Einzelweisungen zu den Projekten bringen würde. Hier muss Transparenz hergestellt werden.

Dr. Urs Egger (FDP): Es geht um temporäre Aktionen in Öffentlichkeitsarbeit. Die FDP möchte für diese Kontogruppe auf die Rechnung 2011 zurückgehen. Das Tiefbau- und Entsorgungsdepartement (TED) mag durchaus einen Bedarf an Öffentlichkeitsarbeit und an Kommunikation in der Öffentlichkeit haben. Spezielle Aktionen sind dafür aber nicht notwendig. Es würde reichen, wenn die Departementsvorsteherin ab und zu etwas präziser sagen würde, worum es geht. Wir beantragen eine Verbesserung um 427 000 Franken.

Florian Utz (SP): Die SVP steht offen dazu, dass sie die Städteinitiative inklusive der Veloförderung nicht umsetzen möchte. Die FDP hat eine andere Begründung, bewirkt aber im Ergebnis dasselbe. Die Mehrheit ist der Meinung, dass der Volksentscheid umgesetzt werden sollte.

Weitere Wortmeldungen:

Roger Liebi (SVP): Es ist nicht nötig, so viel Geld auszugeben, um die Bevölkerung nochmals über den Masterplan Velo und den Stadtverkehr zu informieren. In der Abstimmung wurde bereits genug darüber berichtet. Die Leute, die damals abgestimmt haben, wissen, was auf sie zukommt. Die Kürzung um 880 000 Franken ist fast noch zu niedrig. Eigentlich müsste man auf die gesamten 1 225 000 Franken verzichten.

Martin Bürlimann (SVP): Interessant ist die Statistik, dass der Veloverkehr in Zürich im Winter nicht einmal halb so gross ist wie im Sommer. Man muss den umweltbewusstesten Leuten also zwei Infrastrukturen bereitstellen: Ein Velonetz bei schönem Wetter und ein Bus- und Tramnetz bei kaltem Wetter. Weshalb ein Masterplan Velo notwendig sein sollte, bleibt ein Geheimnis. Die Imagekampagne ist unnötig. Es ist nicht sinnvoll, die Leute umerziehen zu wollen.

Florian Utz (SP): Es handelt sich nicht um Broschüren, die verteilt werden, sondern um Projekte wie zum Beispiel «Züri rollt». In dem Sinne geht es nicht um Propaganda, sondern um konkrete Projekte.

Michael Baumer (FDP): Auch wir von der FDP wollen uns an die Volksentscheide halten. Wir sahen in der Gemeindeordnung nach, welche Geldbeträge in den Initiativen in der Gemeindeordnung verzeichnet waren oder welche Massnahmen konkret gefordert wurden. Leider wurde dem Volk nie genau gesagt, welche konkreten Massnahmen und welche konkreten Geldbeträge man sich vorstellt. Deshalb fühlen wir uns nicht an einen bestimmten Geldbetrag gebunden. Wir sind nicht grundsätzlich dagegen, einen Masterplan Velo zu machen. Wir sind lediglich gegen Erziehungsmassnahmen am Volk, denn diese wurden nicht gefordert.

Mauro Tuena (SVP): Dr. Urs Egger (FDP) hat mich vermutlich falsch verstanden. Wir werden nächstes Jahr von Stadträtin Ruth Genner eine detaillierte Aufschlüsselung erhalten, welche Projekte anstehen. Oft tauchten bisher während des Jahres immer wieder Projekte auf und auf Nachfrage hiess es dann, die Projekte seien damals im Budget nicht bemängelt worden. Eine detaillierte Aufschlüsselung der Sammelkonten ist nötig. Man weiss sonst nicht, welche Projekte, die nicht im Interesse der Wählerinnen und Wähler der SVP sind, noch umgesetzt werden sollen.

S. 254	35	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT				
	3515	Tiefbauamt				
	3107 0000	Temporäre Aktionen in Öffentlichkeitsarbeit				
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
170.	Antrag Stadtrat			1 225 000	Mehrheit	Florian Utz (SP) Referent, Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP)
		880 000		345 000	Minderheit 1	Präsident Roger Liebi (SVP) Referent, Dr. Daniel Regli (SVP)
		427 400		797 600	Minderheit 2	Dr. Urs Egger (FDP) Referent, Urs Schmid (FDP)
		Begründung: FDP: Zurück auf Rechnung 2011; SVP: Masterplan Velo & Stadtverkehr Projekte streichen				

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat / Mehrheit	(1 225 000)	71 Stimmen
Antrag Minderheit 1	(345 000)	24 Stimmen
Antrag Minderheit 2	(797 600)	<u>29 Stimmen</u>
Total		124 Stimmen
= absolutes Mehr		63 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Mehrheit zugestimmt.

Antrag 171.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Heinz Schatt (SVP): Bei dieser Position geht es um Anschaffungen von Maschinen, Geräten und Fahrzeugen für das Tiefbauamt in der Höhe von 300 000 Franken. Den grössten Posten stellen die Gerätschaften für Verkehrszählungen für 70 000 Franken, ein Toyota für 43 000 Franken und ein Kompressor für 30 000 Franken dar. Wir sind der Meinung, dass man diese Wünsche gut auf das nächste Jahr verschieben kann.

Dr. Urs Egger (FDP): Die Mehrheit der RPK ist der Meinung, dass es durchaus Sinn macht, diese Anschaffungen bereits dieses Jahr zu tätigen.

S. 255	35	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT			
	3515	Tiefbauamt			
	3111 0000	Anschaffungen Maschinen, Geräte, Fahrzeuge			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
171.	Antrag Stadtrat			300 000	Mehrheit
		300 000		0	Minderheit
		Begründung: Unnötig, nicht der Finanzlage der Stadt angepasst			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 100 gegen 24 Stimmen zu.

Antrag 172.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Florian Utz (SP): Im letzten Budget beantragte die FDP-Fraktion, von den damals 6,25 Millionen Franken eine Million zu streichen. Die SVP informierte sich gründlich, welcher Betrag angebracht wäre und entschied, 400 000 Franken seien eine verantwortungsbewusste Kürzung. Uns überzeugte diese Argumentation im Nachhinein. Wir sind aber überrascht, dass die SVP-Fraktion dieses Jahr von ihren eigenen Argumenten nicht mehr überzeugt ist und die FDP der Meinung ist, man könne gar nichts mehr kürzen. Wir halten den letztes Jahr von der SVP aufgezeigten Weg für gangbar und beantragen eine Kürzung von 400 000 Franken.

Dr. Urs Egger (FDP): Verschiedene Konten in diesem Budget beziehen sich auf Strassenbau und ähnliche Anlagen. Wenn man die weiteren Anträge liest, sollte klar werden, wo genau die von der FDP beantragten Kürzungen erfolgen werden. Beim vorliegenden Antrag sind wir der Meinung, dass der Betrag angemessen ist. Wir sind aber froh, wenn die SP bei den anderen Anträgen mit uns stimmt und wir die unnötigen Verschönerungen verschiedener Strassen entsprechend kürzen können.

Weitere Wortmeldung:

Theo Hauri (SVP): Der Motorfahrzeugverkehr deckt seine Kosten durch Steuern, Gebühren und Abgaben mehr als ausreichend ab. Deshalb hat er auch Anspruch auf ein intaktes kommunales Strassennetz. Schlaglöcher beziehungsweise mangelhafter und aufgeschobener Unterhalt führen unweigerlich zu Mehrkosten. Die ausgewogene Budgetierung über mehrere Jahre zeigt auf, dass der Bedarf gerade wegen zusätzlicher Gemeindestrassen ausgewiesen ist. Sparen schadet hier dem Wirtschaftsstandort Zürich.

S. 255	35 3515 3145 0101	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT Tiefbauamt Baulicher Unterhalt der Gemeindestrassen				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
172.	Antrag Stadtrat				6 750 000	Minderheit Dr. Urs Egger (FDP) Referent, Präsident Roger Liebi (SVP), Dr. Daniel Regli (SVP), Urs Schmid (FDP)
			400 000		6 350 000	Mehrheit Florian Utz (SP) Referent, Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP)
						Enthaltung Walter Angst (AL)
			Begründung: Wäre schon letztes Jahr möglich gewesen			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 82 gegen 43 Stimmen zu.

Antrag 173.

Kommissionsminderheiten/-mehrheit:

Kurt Hüssy (SVP): Bei diesem Posten beantragen wir eine Kürzung um 130 000 Franken. Die Strassen wurden für den Verkehr gebaut und auch davon bezahlt. Die unsäglichen Schikanen, die lediglich die Autofahrer belästigen, die Umwelt schädigen und Unmengen von im Verkehr verlorene Zeit generieren, müssen zurückgebaut werden. Unsere Lebensqualität würde massiv steigen.

Dr. Urs Egger (FDP): Auf diesem Konto werden Verbesserungen der Wohnlichkeit finanziert. Es geht offenbar um Bedürfnisse nach Parkbänken und Bäumen oder um die Verschönerung von Orten, die auf die Umsetzung von Bauprojekten warten. Das mag schön sein. Wir sind aber der Meinung, dass es genügt, die Verschönerung dann auszuführen, wenn gebaut wird. Wir beantragen eine Kürzung um 25 000 Franken.

Florian Utz (SP): Die Mehrheit spricht sich für Verschönerungen aus. Die FDP möchte offenbar, dass man für solche Bedürfnisse etliche Formulare ausfüllen muss und dann alles erst Jahre später ausgeführt wird. Die Mehrheit ist der Meinung, dass man schnell und unbürokratisch vorgehen sollte. So kann man auf die Bedürfnisse der Menschen Rücksicht nehmen.

Weitere Wortmeldung:

Dr. Urs Egger (FDP): *Ich habe keineswegs Formulare gefordert. Ich sagte lediglich, dass diese Verschönerungen nicht notwendig seien.*

S. 255	35 3515 3149 0201	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT Tiefbauamt Kleinere Neu- und Umbauten: Verbesserung der Wohnlichkeit in den Quartieren				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
173.	Antrag Stadtrat				300 000	Mehrheit Florian Utz (SP) Referent, Vizepräsidentin Rebekka Wylter (SP), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli- Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP)
			130 000		170 000	Minderheit 1 Präsident Roger Liebi (SVP) Referent, Dr. Daniel Regli (SVP)
			25 000		275 000	Minderheit 2 Dr. Urs Egger (FDP) Referent, Urs Schmid (FDP)
						Enthaltung Walter Angst (AL)
		Begründung:	FDP: Auf noch nicht festgelegte Massnahmen kann verzichtet werden; SVP: Verzicht auf temporäre Verschönerungen			

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat / Mehrheit	(300 000)	73 Stimmen
Antrag Minderheit 1	(170 000)	26 Stimmen
Antrag Minderheit 2	(275 000)	<u>21 Stimmen</u>
Total		120 Stimmen
= absolutes Mehr		61 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Mehrheit zugestimmt.

Die Sitzung wird beendet (Fortsetzung der Budgetberatung siehe Sitzung Nr. 155, Protokoll-Nr. 3404/2012).

E i n g ä n g e

Es sind keine Vorstösse eingereicht worden.

K e n n t n i s n a h m e n

Es liegen keine Kenntnisnahmen vor.

Nächste Sitzung: Freitag 14. Dezember 2012, 20.30 Uhr.